

Georg Rammer: „Westliche Wertegemeinschaft“ und Menschenrechte

Attac-Kongress MenschenRechte, 28.01.2017 im Tollhaus Karlsruhe

1. Einleitung: Zur Lage

Gewöhnung an politische Rituale wie an Werbung: Ziel nicht Information, sondern Suggestion, Manipulation. Menschenrechte! Zum Beispiel Bundespräsident Gauck: „Unser Europa ist ein Bollwerk der Demokratie und der Menschenrechte!“ (Paris), Ex-US-Präsident Obama zu Merkel, sie sei eine „eloquente Stimme für Menschenrechte und Würde weltweit“ (2011). So auch „Westliche Wertegemeinschaft“. Sind die Menschenrechte in der Bevölkerung verankert? Vgl. Studie „Die enthemmte Mitte“:

- Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. 41 %
- Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden. 50 %
- Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden. 60 %
- Was Dtschl jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert 22 %

Rassismus ist offensichtlich in Gesellschaft tief verankert, leicht mobilisierbar – ind gewaltbereit (wachsende Zahl rechtsextremer Straftaten!)

Sorge wegen Überhandnehmen menschenfeindl. Ideologien in Deutschland, Europa und den USA. Alle klagen jetzt (zu Recht) über Trump. Aber seine Wahl ist Konsequenz politischer Entwicklungen, die Ressentiments, Rassismus, Hass begünstigen. Die vorherrschende neoliberale Politik bietet keine Lösung, sie ist das Problem.

Sind Menschenrechte in der „WW“ real gültig? Sind Konzerne an MR gebunden?

2. Menschenrechte (MR)

- Allgemeine Erklärung der MR 1948 (UN), nach Erfahrungen von Faschismus, Krieg. Durch Garantie der Rechte und der Gleichwertigkeit aller Menschen sollte Gefahr von Rassismus, Ausbeutung und Krieg gebannt werden.
- Bestimmte bürgerliche Freiheitsrechte erscheinen gesichert, aber längst keine Garantie: Gilt „Recht auf Eigentum“ auch für öffentliche Daseinsvorsorge? Asylrecht, soziale Sicherheit? Verbot Folter und Rassen-Diskriminierung? Offensichtlich nicht.
- Wie sehen Menschen anderer Länder die „westl. Wertegemeinschaft“? Vielleicht als Heuchler mit doppeltem Standard?

3. WSK-Rechte Teil der MR – nicht verwirklicht

- WSK- Rechte (wirtschaftlich-sozial-kulturelle Menschenrechte) sind Teil der MR! Der Klassenkampf ist hier besonders eklatant. Beispiele: In WSK verankert u.a. Recht auf Arbeit, gerechte Arbeitsbedingungen, Recht auf soziale Sicherheit, angemessenen Lebensstandard, Höchstmaß an Gesundheit, Teilnahme am kulturellen Leben. Recht auf Selbstbestimmung der Völker: „alle Völker können ..frei über ihre natürlichen Reichtümer verfügen“. Die Regierungen der WW verfolgen ganz andere, entgegengesetzte Ziele.
- WSK gelten nicht real, nicht in Dtschl, EU, USA. Aber das ist kein „Versagen“ der Politik, im Gegenteil: Ziel der Regierungen der WW sind Deregulierung, Privatisierung, Abbau sozialer Sicherung, bes. nach Siegeszug des neoliberalen

Kapitalismus.

- Bei WSK agiert die Bundesregierung gezielt gegen Mehrheit der Bevölkerung, s. z.B. Merkel in einer Rede bei Allensbach: Nach ihr hatten alle großen Entscheidungen keine Mehrheit, als sie gefällt wurden. „Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der Nato-Doppelbeschluss, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.“

4. Folgen: Ungleichheit, Abschottung, Militarisierung

Zentrale Kritik: Bei wichtigen wirtschaftlichen und strategischen Entscheidungen der WW spielen Interessen, Bedürfnisse oder gar Gefühle der Menschen keine Rolle. Folgen:

- Krasse, obszöne **Ungleichheit** (Oxfam: Acht Reichste haben so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung) und Katastrophen: Seit 1989 300 Mio Tote durch Armut; mehr als in allen Kriegen des 20. Jhdts. Armut wird nicht bekämpft in Deutschland, sondern vertuscht (vgl. Armuts-Reichtums-Bericht, Kinderarmut, Konsequenzen für Repräsentation). Der Klassenkampf zeigt sich auch bei Hartz IV, Austeritätspolitik EU z.B. gegen Griechenland, Steuerentlastung für Konzerne, Bankenrettung, Liberalisierung Finanzwirtschaft, TTIP, Privatisierung der Daseinsvorsorge. Alle diese Beschlüsse richten sich gegen Mehrheit der Menschen. Teufelskreis: Keine Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch Politik, vielmehr Komplizenschaft, personell und bei Interessen-Durchsetzung (Lobby): gut zu beobachten bei CETA und TTIP. Konzerne (Agrarsektor, Textil, Chemie) missbrauchen ihre Macht, Missachtung der MR oft tödlich. Sie wehren sich gegen Verpflichtung auf soziale & ökol. Standards (Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte).
- **Flüchtlingsabwehr**: 5000 Tote im Mittelmeer 2016, Militarisierung der Grenzschutzagentur Frontex, Grenze EU wird nach Afrika verlegt: gleichgültige, bürokratische Effizienz ohne Gedanken an Menschen; gnadenlos bei Internierung der Flüchtlinge in Nordafrika, Abschiebung in „sichere Herkunftsländer“. Nicht Fluchtursachen, die Flüchtlinge werden bekämpft. Im Gegenteil, vgl. erzwungene Freihandelsverträge mit afrikanischen Ländern (Economic Partnership Agreements) Deutlich auch, dass langfristige Strategie! Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien: Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020, 2011, S.81/82, außenpolitischer Think Tank, Vorwort der EU Außenbeauftragten Catherine Ashton:
„Abschottungseinsätze – Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen. Da der Anteil der armen, frustrierten Weltbevölkerung weiterhin sehr hoch sein wird, werden sich die Spannungen zwischen dieser Welt und der Welt der Reichen weiter verschärfen – mit entsprechenden Konsequenzen. Da es uns kaum gelingen wird, die Ursachen dieses Problems, d.h. die Funktionsstörungen der Gesellschaften, bis 2020 zu beseitigen, werden wir uns stärker abschotten müssen...“ Menschen spielen keine Rolle!
- **Militäreinsätze** für Ressourcen, ohne an Menschen zu denken (vgl. Lügen vor

Krieg gegen Irak. Interview mit General W. Clark: Nach 9/11 Angriffskrieg gegen 7 Länder geplant, s. https://www.youtube.com/watch?v=9RC1Mepk_Sw, oder US-Verwalter im Irak P. Bremer: Erste Maßnahmen waren Privatisierung staatlicher Betriebe zu niedrigen Preisen, volle Besitzrechte ausländischer Firmen an irak. Betrieben, volle Rückführung der Profite, Übernahme irak. Banken durch ausl. Kapital und „Lex Monsanto“: Verbot Wiederaussaat eines Teils der Ernte, Einführung patentiertes Saatgut von Konzernen (Monsanto, Bayer, Syngenta), Nachbau verboten, Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen. Auch Dtschl für weltweite Militär-Einsätze für Ressourcen und Abwehr der Folgen der Ungleichheit und der Zerstörung. Alles klar dargestellt im Bundeswehr-Weißbuch und in den Verteidigungspolit. Richtlinien 2011: „...Ausbreitung von Wüsten-, Wasser- und Bodenverknappung ... erhebliche Wohlstandsunterschiede, verbunden mit sozialen Disparitäten führen zu weltweiten Migrationsströmen ... Freie Handelswege und gesicherte Rohstoffversorgung .. (sind) für Zukunft Deutschlands von vitaler Bedeutung.“ Einsatz aller Mittel ist „Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens.“ Paradigmenwechsel vgl. Ex-BuPräsident Köhler Film BuWe (<https://www.youtube.com/watch?v=86ELBWLNdmg>). Wir kämpfen nicht nur gegen Terror, wir schaffen ihn.

5. Fazit: MR gelten in der WW nur unter Maßgabe von Besitz- und Machterhalt

- Politik für Rechte der Kapitalbesitzer, nicht für Interessen der Menschen, ihr Wohlergehen. MR für WW ok, solange sie nicht Vermögensverteilung und Machtverhältnis berühren. Ziel: Regeln des neoliberalen Kapitalismus (Markt, Wettbewerb, Privatisierung) in den Köpfen mit den Menschenrechten gleichzusetzen.
- Aber da formale Regeln der Demokratie eingehalten werden sollen, Kampf um die Köpfe mit allen Mitteln der PR. Reden über MR gehört zum Ritual, um Folgen des Neoliberalismus und des Klassenkampfes für Menschen schönzureden. Glaubwürdigkeit immer geringer (vgl. Zahlen: Umfragen: 1% volles Vertrauen in die Politik, 1% halten Information der Bundesregierung für voll glaubwürdig). Missachtung menschlicher Bedürfnisse führt zu Anwachsen der Ressentiments, Verrohung, Korruption: siehe Weltlage! Wir nicht nur Opfer von Terror, Menschenverachtung, auch Täter.
- Wenn es nicht gelingt, MR zur realen Geltung zu verhelfen (Gleichwertigkeit aller, Rechte, Menschen im Mittelpunkt), wird die Gefahr menschenverachtender Politik einschließlich Kriege immer größer. Menschen wollen Gerechtigkeit, Frieden, Selbstbestimmung. Derzeit nicht garantiert. Gegen Widerstand einer mächtigen wirtsch.-polit. Elite durchsetzen.

Deshalb fordern wir

- die Einhaltung der Menschenrechte – auch der WSK-Rechte – als Grundlage der Politik, also auch die Beseitigung der Ungleichheit,
- die Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Flüchtlinge,
- eine konsequente Abrüstung, nicht die Militarisierung der Politik,
- die Verpflichtung der Konzerne auf Einhaltung der MR.

Attac-Kongress „MenschenRechte“ (28.01.2017)

Presseerklärung

Bei Staatsbesuchen wird von deutschen Repräsentanten die Einhaltung der Menschenrechte angemahnt. Aber immer dringlicher stellt sich die Frage, ob die „westliche Wertegemeinschaft“ selbst die Menschenrechte als Grundlage für politische Entscheidungen beachtet.

Insbesondere die WSK-Rechte, die vor 50 Jahren beschlossenen wirtschaftlich-sozial-kulturellen Menschenrechte werden von der Politik der selbsternannten „westlichen Wertegemeinschaft“ missachtet. Global agierende Konzerne halten nicht einmal elementare Menschenrecht-Standards ein.

Erschreckend auch die Gleichgültigkeit menschlichem Leid gegenüber und die bürokratische Effizienz, mit der Flüchtende daran gehindert werden, nach Europa zu kommen: Internierungslager, Abschieben in Kriegs- und Krisengebiete, Zäune und Verlegung der EU-Grenzen nach Afrika. Nicht die Ursachen der Flucht – Krieg und Elend – werden bekämpft, sondern mit Hilfe der hochgerüsteten Frontex und von Diktatoren die Menschen, die in ihrer Heimat keine Lebensgrundlage mehr haben. An den wirtschaftlichen Ursachen der Flucht sind Deutschland und die EU aktiv beteiligt.

Was vor wenigen Jahren noch zum Rücktritt des Bundespräsidenten Köhler geführt hat, ist heute Grundlage deutscher Weltpolitik: Der Zugang zu Ressourcen muss militärisch gesichert werden. Auch hier gilt: Die Ursachen der extremen Ungleichheit in der Welt werden nicht behoben, sondern ihre Auswirkungen militärisch bekämpft.

Diese Politik setzt sich nicht für die Interessen, Bedürfnisse und das Wohlbefinden der Menschen unter Achtung der Menschenrechte ein, sondern für die wirtschaftlichen Interessen von Großkonzernen und für die machstrategischen Ziele der „westlichen Wertegemeinschaft“. Die Folgen sind katastrophal: Kriege, zerfallende Staaten, skandalöse Ungleichheit und ein neuer Kolonialismus.

Deshalb fordern wir

1. die Einhaltung der Menschenrechte – auch der WSK-Rechte – als Grundlage der Politik, also auch die Beseitigung der Ungleichheit in der Welt,
2. die Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Flüchtlinge,
3. eine konsequente Abrüstung, nicht die Militarisierung der Politik,
4. die Verpflichtung der Konzerne auf Einhaltung der Menschenrechte.

Für Attac Karlsruhe, AG Kinderarmut und Verteilungsgerechtigkeit
Georg Rammer, Januar 2017